

(318—7)

Ausschließende Privilegien.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat nachstehende Privilegien verlängert:

Am 5. Juli 1864.

1. Das dem Eugen Lemerier auf die Erfindung einer Maschine zur Erzeugung von Fußbekleidungen, Sattler-, Riemen- und anderen Lederwaaren unterm 22. Juni 1859 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des sechsten Jahres.

2. Das dem Jakob Barth auf eine Verbesserung aller Arten der gewöhnlichen Bügeleisen (Plättleisen) unterm 27. Juni 1863 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des zweiten Jahres.

3. Das dem Leopold Pregny auf eine Verbesserung an den Kochherden unterm 23. Juni 1862 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des dritten Jahres.

Am 8. Juli 1864.

4. Das dem Peter Fischer auf eine Verbesserung der Sicherheits-Apparate gegen Dampfkessel-Explosionen unterm 29. Mai 1861 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des vierten, fünften und sechsten Jahres.

Am 13. Juli 1864.

5. Das dem Eduard Heidenhaus auf die Erfindung, Lichtbilder auf Porzellan, Glas u. einzuschmelzen, so wie überhaupt auf verschiedenen Materialien zu erzeugen, „Panphotographie“ genannt, unterm 16. Juli 1863 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des zweiten Jahres.

6. Das dem gräflich Henkel-Donnersmarck'schen Puddlings- und Walzwerke „Hugohütte“ auf die Erfindung einer eigenthümlichen Konstruktion von Eisenbahnrädern unterm 24. Juni 1858 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des siebenten und achten Jahres.

(451—2)

Kundmachung.

Die Besitzer oder Verwahrer von Banknoten, welche auf Conventions-Münze lauten, werden um so dringender ersucht, sich wegen deren Umwechslung mit Beschleunigung an die Direktion der National-Bank in Wien zu wenden, als die Bank, mit Rücksicht auf die bereits erfolgten gesetzlichen Bekanntmachungen, vom 1. Jänner 1867 angefangen nicht mehr verpflichtet ist, die auf Conventions-Münze lautenden Banknoten einzulösen oder umzuwechseln.

Wien am 2. November 1864.

Wipig,

Bank-Gouverneur.

Löwenthal,

Bank-Direktor.

(447—3)

Nr. 11364.

Kundmachung.

der k. k. Landesbehörde für Krain vom 30. Oktober 1864 — betreffend den Vorspannspreis in Krain für das Jahr 1865.

Der Gesamtvergütungsbetrag für ein Vorspannpferd und eine Meile ohne Unterschied des Geschäftszweiges (Militär-, Gensdarmarie-, Beamten-, Arrestanten-, Armee- und Schabfuhr-) und des Vorspannsnehmers (Offizier, Mannschaft und Beamte) wird in dem Ausmasse, wie derselbe für die Finanzperiode 1864 in Krain besteht, das ist: mit 58 kr., acht und fünfzig Neukreuzer auch für die Zeit vom 1. Jänner 1865 bis Ende Dezember 1865 beibehalten.

Indem dieß zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, wird zugleich beigelegt, daß auch alle übrigen Bestimmungen des Erlasses der k. k. Landesregierung für Krain vom 10. Oktober 1859 (Landesregierungsblatt 1859 II. Theil, XVI. Stück, Nr. 16) bezüglich der Vorspann in Krain für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1865 aufrecht verbleiben.

Johann Freiherr v. Schloisnigg m. p.
k. k. Statthalter.

(452—2)

Kundmachung.

Die Bank-Direktion hat sich veranlaßt gefunden, die mit Kundmachung vom 16. Juli

1863 bestimmte Frist zur Annahme der Banknoten à 100 fl. öst. Währ. erster Ausgabe derart zu verlängern, daß dieselben

a) bei sämtlichen Bank-Filialen in den Kronländern und bei den Banknoten-Subverwechslungs-Kassen von Parteien noch bis Ende Dezember 1864, und von landesfürstlichen Kassen bis Ende Februar 1865;

b) bei den Bank-Kassen in Wien bis Ende März 1865 im Wege der Zahlung oder Verwechslung angenommen werden können.

Dieß wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß sämtlichen Bank-Kassen die erforderlichen Weisungen ertheilt worden sind.

Vom k. k. Landes-Präsidium für Krain.

Laibach am 6. November 1864.

(448—2)

Nr. 17074/2430 IV.

Konkurs-Verlautbarung.

Am k. k. Gymnasium in Triest ist eine Lehrstelle für das mathematisch-naturwissenschaftliche Fach erledigt, womit ein Jahresgehalt von 945 fl. öst. W., mit dem Vorrückungsrechte in den höheren Gehalt von 1050 fl. öst. W., und ein Quartiergeld von 126 fl. verbunden ist.

Die Bewerber haben ihre an das hohe Staatsministerium zu stylisirenden Gesuche, welche mit den Nachweisungen über ihre vorchriftsmäßige Eignung für's Lehramt an Obergymnasien im Allgemeinen, so wie über ihre Kenntnisse der italienischen Sprache belegt sein müssen, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bis am 30. November 1864 an diese Statthaltereie gelangen zu lassen.

Von der k. k. kais. Statthaltereie.

Triest am 28. Oktober 1864.

(453—1)

Nr. 377 pr.

Kundmachung.

Es wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge der dem Präsidium der k. k. Finanz-Direktion für Krain ertheilten Ermächtigung auch die k. k. Steuerämter zu Adelsberg, Krainburg und Neustadt als Anlehens-Kassen bezüglich des mit dem hohen Finanz-Ministerial-Erlasse vom 5. d. M., 3. 5400 f. M., aufgelegten freiwilligen Anlehens von 25 Millionen Gulden bestellt worden sind, wornach daher auch bei den obgenannten Steuerämtern Einzeichnungs-Erklärungen und die Annahme von Kauttionen auf dieses Anlehen stattfinden können.

Laibach am 10. November 1864.

(450—2)

Nr. 2571.

Kundmachung.

des k. k. Hauptsteueramtes für Krain.

Ueber Anordnung der hochlöblichen k. k. Finanz-Direktion in Laibach vom 20. Oktober d. J., 3. 6511, wird auf Grund des hohen Finanzministerial-Erlasses ddo. 8. Oktober 1864, 3. 43307/2123, (Bdg. = Bl. Nr. 48, Seite 375) Nachstehendes bekannt gemacht:

1. Zur Ueberreichung der Bekenntnisse über das Einkommen und der Anzeigen über die stehenden Bezüge Behufs der Einkommensteuerbemessung pro 1865 wurde vom hohen Finanzministerium die Frist bis Ende Jänner 1865 festgesetzt, und es wird dießfalls auf den §. 32 des a. h. Einkommensteuergesetzes vom 29. Oktober 1849 und die Bestimmungen der Vollzugs-Vorschrift zu demselben vom 11. Jänner 1850 hingewiesen.

2. Den Bekenntnissen über das Einkommen der I. Klasse für das Jahr 1865 sind zur Ermittlung des reinen einjährigen Durchschnittsertragnisses die Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1862, 1863 und 1864 zu Grunde zu legen.

3. Die von den Verpflichteten einzubringenden Anzeigen über stehende Jahresbezüge haben die Jahresgehälter der Bezugberechtigten nebst den ihnen zukommenden Naturalleistungen zu enthalten. Andere Einkommens-Arten der II. Klasse, welche nicht in vorhinein festgesetzten Jahresgebühren bestehen, hingegen sind auf gleiche Art, wie für die erste Klasse vorgezeichnet, einzubekennen, und es kommen hiebei die §§. 10 und 11 des Einkommensteuer-Patentes zu beobachten.

4. Die Zinsen und Renten der III. Klasse, zu deren Einbekennung die Bezugberechtigten verpflichtet bleiben, sind für das Jahr 1865 nach dem Stande des Vermögens und Einkommens vom 31. Dezember 1864 anzugeben.

5. Die Uebnahme, Prüfung und Richtigstellung der Bekenntnisse und Anzeigen für die Einkommensteuer, dann die Festsetzung der Steuergebühr werden nach den bestehenden Vorschriften geschehen; über einschlägige Rekurse wird die hochlöbliche k. k. Finanz-Direktion entscheiden.

6. Den P. T. Einkommensteuerverpflichtigen der Stadt Laibach wird insbesondere erinnert, ihre Fassionen und rückfälligen Anzeigen pro 1865 innerhalb der oben festgesetzten Frist unmittelbar bei diesem Hauptsteueramte zuverlässig zu überreichen.

Diejenigen, welche ihre Gewerbe verpachtet haben, sollen in den Bekenntnissen die Pächternamhaft machen, und angeben, in welchem Stadttheile und in welchem Hause die Gewerbeübung stattfindet.

Die Gewerbspächter aber haben über den Pacht-Nutzen abgesonderte Einkommensteuerbekenntnisse einzubringen.

k. k. Haupt-Steueramt Laibach am 7. November 1864.

(449—2)

Nr. 7008.

Kundmachung.

Nächsten Montag am 14. d. M., Vormittags um 10 Uhr, wird hieramts die Lizitation zur Verpachtung der beiden städtischen Eisgruben, am Jahrmarktplatz und im Garten des Zivilspitals an der Wienerstrasse pro 1865 abgehalten, wozu Unternehmungslustige hiemit eingeladen werden.

Stadtmagistrat Laibach am 7. November 1864.

(441—3)

Kundmachung.

Bei dem k. k. Bergamte Idria in Krain werden **1600 Megen Weizen,**
1400 „ Korn,
1000 „ Kukuruz

mittelfst Offerte unter nachfolgenden Bedingungen angekauft:

1. Das Getreide muß durchaus rein, trocken und unverdorben sein, und der Megen Weizen muß wenigstens 84 Pfund, das Korn 75 Pfund und der Kukuruz 82 Pfund wiegen.

2. Das Getreide wird von dem k. k. Wirthschaftsamt zu Idria im Magazine in den zementirten Gefäßen abgemessen und übernommen, und jenes, welches den Qualitäts-Anforderungen nicht entspricht, zurückgewiesen.

Der Lieferant ist verbunden, für jede zurückgestossene Partie anderes, gehörig qualifizirtes Getreide der gleichnamigen Gattung um den kontraktmäßigen Preis längstens im nächsten Monate zu liefern.

Es steht dem Lieferanten frei, entweder selbst oder durch einen Bevollmächtigten bei der Uebnahme zu interveniren.

In Ermanglung der Gegenwart des Lieferanten oder Bevollmächtigten muß jedoch der Befund des k. k. Wirthschaftsamt als richtig und unwidersprechlich anerkannt werden, ohne daß der Lieferant dagegen Einwendung machen könnte.

3. Hat der Lieferant das zu liefernde Getreide loco Idria zu stellen, und es wird auf Verlangen desselben der Werksfrachter von Seite

des Amtes verhalten, die Verfrachtung von Poitsch nach Idria um den festgesetzten Preis von 24 Neukreuzer pr. Sack oder 2 Mehen zu leisten.

4. Die Bezahlung geschieht nach Uebernahme des Getreides, entweder bei der k. k. Bergamtskasse zu Idria, oder bei der k. k. Landeshauptkasse zu Laibach gegen klassenmäßig gestempelte Quittung.

5. Die mit einem 50 Neukreuzer-Stempel versehenen Offerte haben längstens

bis Ende November 1864

bei dem k. k. Bergamte zu Idria einzutreffen.

6. In dem Offerte ist zu bemerken, welche Gattung und Quantität Getreide der Lieferant zu liefern Willens ist, und den Preis loco Idria zu stellen. Sollte ein Offert auf mehrere Körnergattungen lauten, so steht es dem Bergamte frei, den Anbot für mehrere, oder auch nur für Eine Gattung anzunehmen oder nicht.

7. Zur Sicherstellung für die genaue Einhaltung der sämtlichen Vertragsverbindlichkeiten ist dem Offerte ein 10% Badium entweder baar oder in annehmbaren Staatspapieren zu dem Tageskurse, oder die Quittung über dessen Deposition bei irgend einer montanistischen Kasse, oder der k. k. Landeshauptkasse zu Laibach, anzuschließen, widrigens auf das Offert keine Rücksicht genommen werden könnte.

Sollte Kontrahent die Vertragsverbindlichkeiten nicht zuhalten, so ist dem Alerar das Recht eingeräumt, sich für einen dadurch zugehenden Schaden, sowohl an dem Badium, als an dessen gesamtem Vermögen zu regressiren.

8. Denjenigen Differenzen, welche keine Getreide-Lieferung erstehen, wird das erlegte Badium allsobald zurückgestellt, der Ersteher aber von der Annahme seines Offertes verständigt werden, wo dann er die eine Hälfte des Getreides bis Ende Dezember 1864, die zweite Hälfte bis Mitte Jänner 1865 zu liefern hat.

9. Auf Verlangen werden die für die Lieferung erforderlichen Getreide-Säcke vom k. k. Bergamte gegen jedesmalige ordnungsmäßige Rückstellung unentgeltlich, jedoch ohne Vergütung der Frachtspeisen, zugesendet.

Der Lieferant bleibt für einen allfälligen Verlust an Säcken während der Lieferung haftend.

10. Wird sich vorbehalten, gegen den Herrn Lieferanten alle jene Maßregeln zu ergreifen, durch welche die pünktliche Erfüllung der Kontraktionsbedingnisse erwirkt werden kann, wogegen aber auch demselben der Rechtsweg für alle Ansprüche offen bleibt, die derselbe aus den Kontraktionsbedingnissen machen zu können glaubt. Jedoch wird ausdrücklich bedungen, daß die aus dem Vertrage etwa entspringenden Rechtsstreitigkeiten, das Alerar möge als Kläger oder Beklagter eintreten, so wie auch die hierauf Bezug habenden Sicherstellungs- und Exekutions Schritte bei demjenigen, im Siege des Fiskalamtes befindlichen Gerichte durchzuführen sind, welchem der Fiskus als Beklagter untersteht.

Vom k. k. Bergamte Idria am 1. November 1864.

(442—3)

Sluiner Grenz-Regiment Nr. 4.

Vizitations-Kundmachung.

Vom obigen Grenz-Regimente wird in Gemäßheit der hohen General-Commando-Verordnung vom 13. September 1864, Abth. 7, Nr. 8721 zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die in dem Alerarialsforste Petrovagora, Waldtheil Jovicofa, der diesseitigen Kostinjner-Compagnie vorhandenen abgebbaren 558 Eichenstämme zur Erzeugung von Bau-, Nutz- und Werkholz an den Meistbietenden überlassen werden, worüber am

23. November 1864

um 9 Uhr Vormittag in der Regiments-Verwaltungs-Kanzlei die Vizitation abgehalten werden wird.

Die wesentlichsten Bedingnisse sind:

1) Wird der Ausrufungspreis an Waldtaxe für das Bau-, Nutz- und Werkholz pr. Kubikfuß solider Holzmasse, und zwar: für Spaltwaaren mit 17 kr. und für Bauholz mit 14 kr. öst. W. angenommen.

2) Nach der beiläufigen Schätzung enthalten die vorgenannten Eichenstämme 23.438 Kubikfuß Spaltwaaren und 19.720 Kubikfuß Bauholz.

3) Obige Stämme kann der Ersteher nach Belieben verarbeiten; das zu Brennholz taugliche Ast-, Wipfel- und Abfallholz von diesen Stämmen verbleibt jedoch dem Militärärar zur Benützung und weiterer Verwerthung.

4) Die Dauer der Umstodung dann Verarbeitung der kontrahirten Eichenstämme, endlich die der Wegschaffung der erzeugten Sortimente wird bis Ende Mai 1865 bestimmt.

5) Die zur Ausfuhr der erzeugten Holzmaterien erforderlichen Waldausfuhrwege hat der Unternehmer auf eigene Kosten zu eröffnen und dabei die forstwirtschaftlichen und forstpolizeilichen, so wie die privatrechtlichen Rücksichten und Vorschriften zu beobachten.

6) Das Badium besteht in 500 fl. und die zu leistende Caution in 1000 fl. öst. W.

7) Schriftliche Offerte werden nur dann angenommen und berücksichtigt, wenn sie in der gesetzlichen Form ausgefertigt und mit dem obigen Badium versehen vor Eröffnung der mündlichen Vizitations-Verhandlung beim Regimente einlangen und nebstbei die Verbindlichkeit enthalten, daß im Erfassungsfalle allsogleich die Caution im obigen Betrage einschließig des Badiums entweder im baaren Gelde oder in Staatspapieren nach dem bestehenden Kurse erlegt werden wird.

8) Obige Anzahl Eichenstämme ist bereits bezeichnet und nebst den beiläufig angeschätzten Dimensionen in dem allhier vorliegenden Aufnahms-Protokolle nach fortlaufenden Nummern consignirt. Diese Stämme werden den Unternehmungslustigen auf Verlangen durch den Bezirksförster an Ort und Stelle vorgezeigt werden.

9) Die näheren Bedingnisse können während den Amtsstunden täglich in der obigen Kanzlei eingesehen werden.

Karlstadt am 28. Oktober 1864.

Nr. 259.
1864.

Intelligenzblatt zur Laibacher Zeitung. 12. November.

(2152—3)

Nr. 5196.

Edikt

zur Einberufung der Verlassenschafts-Gläubiger nach dem verstorbenen Hausbesitzer Matthäus Markovizh.

Von dem k. k. Landesgerichte in Laibach werden Diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 1. Juli 1864 verstorbenen Hausbesizers Matthäus Markovizh eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthung ihrer Ansprüche den

21. November 1864,

Vormittags um 9 Uhr, zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustünde, als insoferne ihnen ein Pfandrecht gebührt.

K. k. Landesgericht Laibach am 25. Oktober 1864.

(2123—2)

Nr. 2684.

Exekutive Relizitation.

Von dem k. k. Bezirksamte Sittich, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen der mj. Adalberta und Albin Semen von Gursfeld, gegen Franz und Josef Kaufweg, Er-

steher von Skerjonzhe, wegen nicht gehaltenen Lizitationsbedingnisse in die exekutive öffentliche Relizitation der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Sittich des Feldamtes sub Urb.-Nr. 137 vorkommenden Hübrealität sammt An- und Zugehör im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 3888 fl. 50 kr. gewilliget, und zur Vornahme derselben die einzige Tagssatzung auf den

3. Dezember l. J.,

Vormittags 10 Uhr, in dieser Gerichtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität auf Gefahr und Kosten der Ersteher Franz und Josef Kaufweg um jeden Anbot an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Lizitationsbedingnisse können hiergerichts in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Sittich, als Gericht, am 23. September 1864.

(2124—2)

Nr. 4165.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen des Herrn Anton Moschel von Planina, als Pfandbesitzer der Maria Svet, gegen Mathias Widrich von Rakel wegen schuldiger 577 fl. 50 kr. öst. W. c. s. c., in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche Haasberg sub Rkf.-Nr. 296/6 — 299 vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 3238 fl. den

österreichische Währung gewilliget, und zur Vornahme derselben die exekutive Feilbietungs-Tagssatzungen auf den

29. November,

30. Dezember 1864 und

1. Februar 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Lizitationsbedingnisse können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 3. September 1864.

(2125—2)

Nr. 3742.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen des Mathäus Skerl von Saborzhen, Bezirksgericht Oberlaibach, gegen Jakob Nagode von Ranze wegen, aus dem Urtheile vom 12. Juni 1863, Z. 2956, schuldiger 210 fl. 98 kr. öst. W. c. s. c., in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche Poitsch sub Rkf.-Nr. 27, Urb.-Nr. 11, vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 1080 fl. österreich. Währung bewilliget, und es seien zur Vornahme derselben die exekutive Feilbietungs-Tagssatzungen auf den

3. Dezember 1864

3. Jänner und

4. Februar 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Lizitationsbedingnisse können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 8. August 1864.

(2126—2)

Nr. 3741.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Mathäus Skerl von Saborzhen, Bezirksgericht Oberlaibach, gegen Gregor Mele von Martinschrib wegen, aus dem Vergleiche vom 3. Juni 1863, Z. 2944, schuldiger 301 fl. ö. W. c. s. c., in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche Poitsch sub Rkf.-Nr. 32, Urb.-Nr. 12 vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 2175 fl. österr. Währ. gewilliget, und zur Vornahme derselben die Feilbietungs-Tagssatzungen auf den

30. November,

30. Dezember 1864 und

31. Jänner 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem